

# ADG - Forum

■ Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. ■ Starenweg 4 ■ 82223 Eichenau ■ info@adg-ev.de ■ Tel.: (089) 46201363 (AB) ■  
■ 8. Jahrgang ■ Ausgabe Nr. 2 ■ Juni 2005 ■ Herausgeber: Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. - 82223 Eichenau ■

Liebe Freunde der ADG,

wie Sie aus den verschiedenen Medien wissen, wird der Zahlbetrag der Renten zum 1. Juli dieses Jahres schon wieder gekürzt. Während die Bruttorenten auch in diesem Jahr nicht erhöht werden, steigt die Belastung durch den Krankenversicherungsbeitrag weiter. Wie bei den Arbeitnehmern werden auch für Rentner die Anteile für den Zahnersatz und für das Krankengeld mit zusätzlichen 0,9 Prozentpunkten extra ausgewiesen und sind allein durch die Arbeitnehmer bzw. Rentner zu tragen. Je nachdem, ob die einzelne Krankenkasse gleichzeitig den Beitrag senkt, ergibt sich damit eine mehr oder weniger große zusätzliche Belastung.

Wer sich als Rentner gegen die Nullanpassung sowie die Belastung wegen des Krankengeldes und des vollen Beitrags für den Zahnersatz, wehren will, hat die Möglichkeit gegen den Bescheid des Rentenversicherungsträgers Widerspruch einzulegen. Die Anschrift des Rentenversicherungsträgers finden Sie im Rechtsbehelf des Bescheides, den zum Beispiel die BfA inzwischen über den Postrentendienst verschickt hat.

Muster für den Widerspruch haben wir als Einlageblätter diesem Forum beigelegt, wobei Sie jeweils noch Ihre persönlichen Daten ergänzen müssen. Für die drei verschiedenen Sachverhalte haben wir je einen Widerspruch formuliert. Sie können also selbst entscheiden, ob Sie allen drei Punkten widersprechen. Sie können die Widersprüche je nach Wunsch auch zusammenfassen oder einzeln an Ihren Rentenversicherungsträger schicken, entscheiden Sie selbst.

Der Teil bezüglich des Krankengeldanteils betrifft nur pflichtversicherte Rentner (Krankenversicherung der Rentner), sollte also von freiwillig oder privat versicherten Rentnern weggelassen werden.

## Zusätzliche Belastungen für Rentner ab 1. Juli 2005

Für den folgenden Beitrag haben wir auch Textpassagen und Hinweise aus den Internetseiten von VdK und der Gewerkschaft Verdi verwendet.

### ..... aus dem Inhalt

➤ Einleitung	1
➤ Zusätzliche Belastungen für Rentner ab 1. Juli 2005	1
➤ Aufbruch 2006	2
➤ Eisenacher Erklärung	3
➤ 3 Musterwidersprüche (Einlageblätter)	
➤	
➤	

### Impressum

#### Herausgeber:

Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V.,  
Starenweg 4, 82223 Eichenau

Albert Hartl, 1. Vorsitzender  
☎ 08141/38612-2      ADGHartl@aol.com

Otto W. Teufel, 2. Vorsitzender  
☎ 089-9031411      otto.w.teufel@t-online.de

#### Redaktion:

Albert Hartl  
☎ 08141-386122      ADGHartl@aol.com

Helmut Ptacek  
☎ 08062-6898      helmut@ptacek-home.de

Otto W. Teufel  
☎ 089-9031411      otto.w.teufel@t-online.de

#### Autoren dieser Ausgabe:

Otto W. Teufel      ☎ 089-9031411

Demnächst erhalten alle Rentner von Ihrem Rentenversicherungsträger den Bescheid über eine weitere Nullrunde und über die Einbehaltung eines zusätzlichen Beitragssatzes für Zahnersatz und Krankengeld. Damit sollen Rentenversicherungsträger und Arbeitgeber entlastet werden.

Auch in diesem Jahr werden die Renten nicht erhöht. Während dies 2004 gesetzlich verordnet war, ist die diesjährige "Nullanpassung" im Wesentlichen auf die geringe Lohnentwicklung zurückzuführen. Die durchschnittlichen Bruttolöhne sind im Jahre 2004 gegenüber dem Jahr 2003 in den alten Ländern nur um 0,12 Prozent gestiegen. Da die Renten durch den sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor einerseits und den sogenannten Riester-

faktor andererseits gegenüber der allgemeinen Lohnentwicklung um etwa 1,1 Prozentpunkte hinterher hinken, ergibt sich für 2005 eine Nullrunde, da Absenkungen nach dem Gesetz (noch) ausgeschlossen sind.

Gegen den Bescheid des Rentenversicherungsträgers kann innerhalb eines Monats nach Erhalt Widerspruch eingelegt werden. Erst gegen einen ablehnenden Widerspruchsbescheid kann Klage beim Sozialgericht erhoben werden. Wer kein eigenes Klageverfahren führen möchte, hat die Möglichkeit, schon mit dem Widerspruch das Ruhen des Verfahrens zu beantragen, mit einem Hinweis auf zu erwartende Musterstreitverfahren.

Sowohl VdK als auch die Gewerkschaften haben derartige Musterstreitverfahren ange-

kündigt, deren Ergebnisse gegebenenfalls allen zugute kommen, die aufgrund eines Widerspruchs ein laufendes oder ruhendes Verfahren haben.

Wer also gleich beim Rentenversicherungsträger das Ruhen des Verfahrens beantragen will, kann seinem Schreiben noch folgenden Absatz hinzufügen:

Da sowohl der VdK als auch die Gewerkschaften inzwischen Musterstreitverfahren zu diesen Punkten angekündigt haben, beantrage ich gleichzeitig das Ruhen des Verfahrens bis zu einer höchststrichterlichen Entscheidung.

Otto W. Teufel  
ottow.teufel@t-online.de

## Aufbruch 2006

Alles begann mit fünf Anzeigen in der SZ an aufeinanderfolgenden Tagen Ende November/ Anfang Dezember 2004. Peter Richartz aus Solingen gab seinem Unmut über die Berliner Politik Ausdruck. Über die Resonanz in der gesamten Republik war er selbst überrascht. Erste Treffen mit Gleichgesinnten führten zur Gründung der Initiative Aufbruch 2006. Alle Beteiligten sind sich einig, dass unser Land einen grundlegenden Politikwechsel braucht, nicht einfach einen Politikerwechsel.

An Pfingsten 2005 unterschrieben dann 14 verschiedene Gruppierungen und kleine Parteien in Eisenach die

Eisenacher Erklärung (s. nachfolgenden Bericht), eine Absichtserklärung mit dem Ziel, gemeinsam eine neue Partei zu gründen, die bei der Bundestagswahl 2006 erstmals zur Wahl antreten sollte. Diese Planung wurde dann allerdings durch die politische Entwicklung durchkreuzt, als der Kanzler das Ergebnis der Wahl in Nordrhein-Westfalen zum Anlass nahm, Neuwahlen im Bund schon für den September dieses Jahres anzustreben.

Wir gehen davon aus, dass das zwar dazu führt, dass sich eine neue Kraft nicht mehr rechtzeitig positionieren kann, hoffen aber, dass diese gute

Zusammenarbeit trotzdem zur Gründung einer gemeinsamen Organisation mit dem Ziel, bei Wahlen anzutreten, führt. An der ADG und ihrem Status wird sich dadurch nichts ändern. Wer jedoch die Idee der neuen Partei unterstützen will, kann dann zusätzlich Mitglied der neuen Partei werden. Wir hoffen, dass diese neue Partei den Zielen der ADG auf der politischen Bühne zusätzliches Gewicht verleihen kann, insbesondere da sie bundesweit agieren wird.

Otto W. Teufel  
ottow.teufel@t-online.de

## Eisenacher Erklärung

In Sorge um die gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik haben sich nach einer Reihe von Vorgesprächen Vertreter der unten aufgeführten Parteien und Gruppierungen in Eisenach getroffen mit dem Willen, Anstoß zu geben für eine **neue politische Kraft aus der Mitte der Gesellschaft**. Wir möchten ein Zeichen setzen und zur Mitarbeit ermuntern. Unser Ziel ist eine nun schnell wachsende Volkspartei, die mit neuen Ideen, unverbrauchten Köpfen und alternativen Modellen Hoffnung schafft, dass positive Veränderung möglich ist.

### Wenn wir sie wollen!

Wir bitten alle noch abseits stehenden kleinen Parteien und Gruppierungen, und natürlich auch alle politisch denkenden Mitmenschen, die eine politische Heimat suchen und unsere Demokratie mit neuem Leben erfüllen wollen: **schließen Sie sich an.**

*Geben Sie sich, Ihren Kindern und Ihren Enkeln eine Chance.*

Unsere Tagung in Eisenach stand unter dem Motto: Einheit in der Vielfalt. **Wir müssen lernen, als Brüder miteinander zu leben oder wir werden als Narren untergehen** (Martin

Luther King). Der erste Schritt zu einem alternativen Parteiprogramm ist getan. Und so soll es weitergehen:

- bis Ende August unter Mitarbeit aller Parteien/Gruppen Verabschiedung von Programm und Satzung
- im September entscheidet jede Partei/Gruppe auf Basis von Programm und Satzung über die Bereitschaft zum Zusammenschluß
- am 2.10.2005 in Berlin Vollzug der Vereinigung
- am 3.10.2005 (Tag der Deutschen Einheit) wollen wir als neue Kraft „Stein des Anstoßes“ sein

Wir möchten durch solidarisches Handeln Generationengerechtigkeit verwirklichen und der Nachhaltigkeit im wirtschaftlichen Kreislauf und in den politischen Entscheidungen zum Durchbruch verhelfen. Wir möchten durch unser Handeln dazu beitragen, dass Frieden in die Welt kommt. Und wir möchten den Menschen endlich die notwendigen politischen Machtmittel in die Hand geben, damit sie über ihr Schicksal selbst bestimmen können.

„Einer der auffallendsten Züge unseres verzweifelten Zeitalters

ist dessen geniale Fähigkeit, gute Gründe dafür zu finden, böse Dinge zu tun“ (Laurens van der Post). Helfen Sie mit, dass unsere Kinder noch lachen können und die Freude ins Leben zurückkehrt.

Folgende 14 Gruppierungen, Vereine und Parteien haben diese Eisenacher Erklärung bereits unterschrieben:

DemokratiePUR  
 FP – Freiheitliche Partei Deutschlands  
 FLPD – Freie Liberale Partei Deutschlands  
 DDD – Direkte Demokratie Deutschland  
 ADG – Aktion demokratische Gemeinschaft e.V.  
 Wahlbündnis Sachsen-Anhalt  
 Lichtblick-Jetzt  
 Partei der Nichtwähler  
 ADM – Allianz der Mitte  
 Stiftung Zukunft Deutschland e.V. iG  
 Bündnis für die Zukunft  
 Dynamik5-Deutschland  
 Phönix  
 Freie Bürger

Otto W. Teufel  
 ottow.teufel@t-online.de